

Mobilitätswende jetzt: Gemeinsam im Kampf gegen die Klimakatastrophe

Verkehrslärm, Stau, verstopfte Innenstädte, marode Brücken und Straßen verursacht durch die autozentrierte Verkehrspolitik haben viele Menschen satt. Sie wollen eine gesündere Lebensqualität und einen besseren Schutz gegen die Klimakatastrophe.

Am 17. Mai wird der Zebrastreifen an der Leo-Wohlleb-Brücke zur Informationsplattform. Von 11.00 bis 14.00 Uhr werden Autofahrende einen Mini-Einblick in den Werkzeugkasten einer umwelt- und sozialgerechten Mobilitätswende erhalten. Mehrere Umweltgruppen informieren und rufen während der Länge einer „Roten-Ampel-Phase“ zur Mitarbeit auf.

Die Instrumente der Mobilitätswende werden, wenn überhaupt oft zögerlich, halbherzig, zeitlich begrenzt und isoliert umgesetzt. So gilt das Deutschlandticket als eine der erfolgreichsten Reformen im deutschen Nahverkehr. Unglaublich: Anfang 2024 nutzten es 13,5 Mill. Menschen. Der CO₂-Ausstoß wurde im ersten Jahr um 6,7 Millionen Tonnen gesenkt (Studie des Ariadne-Projekts). Aber, anstatt den Preis zu senken, wurde er erhöht und die dauerhafte Finanzierung durch die neue Regierung ist noch nicht gesichert.

56 % der Menschen in Deutschland wünschen sich in Zukunft alle Wege mit dem ÖPNV zurücklegen zu können (Quelle TÜV Verband). Bezahlbar für alle und unkompliziert. Doch aufgrund der unzureichenden Unterstützung durch den Bund sehen sich Kommunen wie z.B. Tübingen gezwungen über die Reduktion des Busverkehrs in Taktung und Linien nachzudenken (BZ 07.05.25).

Tag für Tag schieben sich über 36.000 PKW und ca. 4000 LKW (Quelle Verkehrsuntersuchung zur A860) oft im Schrittempo oder Dauerstau auf der B31 durch Freiburg. Für die Menschen entlang der Straße und in den angrenzenden Quartieren bedeutet das neben Abgas- und Feinstaubbelastungen vor allem Lärmwerte von weit über 70 bzw. 60 dB(A), die damit die Schwelle zur Gesundheitsgefährdung deutlich überschreiten. So klagt ein Anwohner in der zweiten Reihe über zermürendes tiefes Brummen der LKW besonders zur Nachtzeit. Die Stadt müsste also handeln, um ihre Bürger*innen zu schützen. Da auf der B31 bereits seit Jahren eine Temporeduzierung auf 30 km/h besteht, verweist die Stadt lapidar auf den von ihr geplanten Stadttunnel, der Abhilfe schaffen soll. Dieser Tunnel als Teil der Autobahn A860 mit zwei Vollanschlüssen mitten in der Stadt stünde aber, wenn überhaupt, frühestens in Jahrzehnten zur Verfügung.

Ein LKW-Transitverbot gehört zu den wichtigsten und schnell umsetzbaren Maßnahmen, um den Verkehr auf der B31 jetzt schon zu reduzieren und die Bevölkerung zu entlasten. Der überregionale Transitverkehr hat weder auf der B31, noch in Quartiersstraßen etwas zu suchen.

Hunderte von Beschäftigten verbringen immer größer werdende Teile ihrer Arbeitszeit im Stau. Wir sind sicher, dass von dem von uns geforderten Durchfahrtsverbot für überörtliche LKW über 12 Tonnen insbesondere auch die örtliche und regionale Wirtschaft profitieren wird. Unser Ziel sind neben der dringend notwendigen Verkehrsreduzierung eine großräumige Transitverkehrslenkungen über die Autobahnen.

Wir fordern ein dauerhaftes und für alle bezahlbares Deutschlandticket, den Ausbau des ÖPNVs, innovative Konzepte für die Anbindung des ländlichen Raums, Verlagerung der Güter auf die Schienen, Ausbau der Fuß- und Radwege..... **Geld ist genügend da!** Refinanzierung z.B. durch die Besteuerung der Superreichen und Abschaffung des Dienstwagenprivileg.